

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Cornell Aktuell: Frohen Valentinstag!



Hallo {FIRSTNAME} {LASTNAME},

Heute ist Valentinstag. Für die einen eine Erfindung der Blumenläden, für die anderen eine Gelegenheit, ihrem Liebingsmenschen zu zeigen, wie sehr er geschätzt wird. Für mich ist dieser Tag ein guter Moment, über das Miteinander in unserer Gesellschaft nachzudenken. Wir leben aktuell in einer Zeit, in der der Ton untereinander – und ganz besonders in den sozialen Medien – immer rauer wird.

Eine Zeit, in der Beschäftigte der Deutschen Bahn bei Ausübung ihrer Arbeit um ihr Leben fürchten müssen. In meinem Freundes- und Familienkreis, aber auch im Gespräch mit den Menschen die ich bei meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete treffe, fällt immer häufiger der Satz: "Früher hat es das nicht gegeben.". Die Menschen seien roher, die Welt gefährlicher geworden. Das stimmt nicht ganz, ist aber auch nicht vollkommen von der

Hand zu weisen.

Die jährlich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik belegt den steten Anstieg an Straf-, und insbesondere von Gewalttaten, bestätigt somit das Gefühl der Menschen. Doch vor allem wird uns medial alles in Sekundenschnelle präsentiert. Ob im Fernsehen, in den sozialen Medien, in privaten WhatsApp-Gruppen: das Leben ist durch die Digitalisierung schneller geworden, die Nachrichten kommen unmittelbar in unsere Wohnzimmer.

Auf der anderen Seite haben wir ein riesiges Engagement in unserer Gesellschaft. Sage und schreibe 27 Millionen Menschen in unserem Land engagieren sich ehrenamtlich: ob in Sportvereinen, bei der Tafel, in der Flüchtlingshilfe oder im Katastrophenschutz. Das sind am heutigen Tag - neben meinem Mann - meine Lieblingsmenschen, denn sie sind ein wesentlicher Kitt in unserer Gesellschaft. Ihnen sage ich heute Danke!

Herzlichst
Ihre
Cornell Babendererde, MdB

Offener Austausch vor Ort - Neujahrsempfang der MIT Harburg-Land

Direkt im Anschluss an die erste Sitzungswoche des Jahres führte mich der Weg nach Fleestedt zum Neujahrsempfang der MIT Harburg-Land. Im Audi-Terminal von Kuhn + Witte kamen rund 100 Gäste aus dem Mittelstand unseres Landkreises zusammen - Menschen, die täglich Verantwortung übernehmen und unsere Region wirtschaftlich stärken.

In ihren Rede-Beiträgen machten Kerstin Witte als Gastgeberin, Dr. Nina Kley von der Firma Feldbinder, Patrick Pietruck als Kreisvorsitzender der MIT Lüneburg, André Schrader als Kreisvorsitzender der MIT Harburg-Land sowie Sebastian Lechner MdL als Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen deutlich, worin derzeit die größten Herausforderungen für den Mittelstand bestehen.

Sebastian Lechner betonte, dass unsere Wirtschaft spürbare Entlastungen braucht: wettbewerbsfähige Energiepreise, steuerliche Erleichterungen und Planungssicherheit statt zusätzlicher Belastungen wie einer neuen Erbschaftsteuer. Auch der Ausbau von Gaskraftwerken sowie die stärkere Einbindung von Biomasse - gerade mit Blick auf die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft in Niedersachsen - wurden als wichtige Bausteine für eine verlässliche Energieversorgung hervorgehoben.



In meiner Abschlussrede habe ich das Leitmotiv des Abends „Ehrlichkeit“ gern aufgegriffen. Aus meiner Sicht läuft in Berlin nicht alles perfekt, dennoch hat die neue Bundesregierung in kurzer Zeit viel auf den Weg gebracht, wie beispielsweise das Steueränderungsgesetz mit der Senkung des Umsatzsteuersatzes für Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent, die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselrückerstattung zur Entlastung der Landwirtschaft oder die klare Migrationspolitik mit einem deutlichen Rückgang der irregulären Migration.

Zur Entlastung der Wirtschaft stehen in diesem Jahr zahlreiche Themen auf der Agenda, die wir entschlossen angehen werden – vom Bürokratieabbau bis hin zur Senkung der Energiekosten. Hierzu bleibe ich im engen Austausch mit unseren Unternehmerinnen und Unternehmern.

Ein großes Dankeschön an Gastgeberin Kerstin Witte sowie dem gesamten Team der MIT Harburg-Land für die tolle Organisation!

Blick hinter die Kulissen: Praktikum im Deutschen Bundestag

Im Januar hat die 20-jährige Winsenerin Lea Uffelmann mein Team und mich in Berlin unterstützt und dabei viele Einblicke in die Arbeit einer Abgeordneten erhalten. Während ihres Praktikums hat sie durch die Begleitung von Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen, das Verfolgen von Plenardebatten von der Zuschauertribüne aus oder der vielfältigen Arbeit in einem Abgeordnetenbüro spannende Blicke hinter die Kulissen des politischen Berlins werfen können. Vielen Dank an Lea für die tolle Unterstützung!

Gerne biete ich jungen Menschen aus meinem Wahlkreis diese Möglichkeit, um sich zu orientieren, praktische Erfahrungen zu sammeln und auf das Berufsleben vorzubereiten. Kennen auch Sie jemanden, der daran Interesse hätte? Bewerbungen sind mit kurzem Lebenslauf und Motivations schreiben möglich unter cornell.babendererde@bundestag.de.

Wichtig ist, dass die Bewerbung frühzeitig erfolgt, da der Platz begrenzt ist. Für Studenten ist ein Praktikum ab dem 3. Semester sinnvoll.



Blümels Hofcafé in Moissburg

Gemeinsam mit Christian Klauk von der CDU Hollenstedt habe ich Anfang Februar den beiden Schwestern Saskia und Svea Blümel auf ihrem Hof in Moissburg einen Besuch abgestattet. Wir hatten uns vor kurzem auf der Grünen Woche in Berlin kennengelernt - vielen Dank für die Einladung!

Bei unserem Austausch ging es um viele Herausforderungen, denen sich die mittelständischen Betriebe in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum momentan stellen müssen. Neben der hohen Bürokratielast und Lohnkosten waren auch Pflanzenschutzmittel im Tannenbau ein Thema. Als zentrale Zukunftsfrage für viele familiengeführte Betriebe wurde der zunehmende Fach- und Arbeitskräftemangel benannt.

Diese Rückmeldungen aus der Praxis sind für meine Arbeit im Bundestag enorm wichtig. Ich habe mir deshalb einiges ins Heft geschrieben, um diese Anliegen von vor Ort mit meinen Kollegen aus der Unionsfraktion zu besprechen.



Apothekenreform im Fokus - Vorstellung des Gesetzentwurfes

Die wirtschaftliche Lage vieler Vor-Ort-Apotheken war in den vergangenen Wochen wiederholt Thema in meinen Gesprächen mit Apothekerinnen und Apothekern aus den Landkreisen Harburg und Lüneburg. Dabei wurde deutlich: Die Erwartungen an die geplante Apothekenreform sind hoch – denn für viele Apotheken geht es inzwischen um ihre wirtschaftliche Existenz.

Vor diesem Hintergrund habe ich Anfang Februar an einer digitalen Veranstaltung zu dem Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (ApoVWG) teilgenommen, zu der meine CDU-Bundestagskollegen Anne Janssen und Tilman Kuban eingeladen hatten. Ziel war es, über den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zu informieren und die Perspektiven aus der Praxis hierzu aufzunehmen.

Der Landesapothekerverband sowie rund 80 Apothekerinnen und Apotheker aus Niedersachsen beteiligten sich an der Diskussion mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Simone Borchardt MdB, darunter auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Landkreisen Harburg und Lüneburg.

Im Mittelpunkt standen dabei die Forderungen der Apothekerschaft an das geplante Reformgesetz:

- eine zeitnahe und wirtschaftlich tragfähige Anpassung des Festhonorars – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen auf mindestens 9,50 Euro,
- Maßnahmen zur Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen gegenüber internationalen Versandapotheken,
- die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für handelsübliche Skonti
- der Abbau bürokratischer Belastungen im Apothekenalltag.



Simone Borchardt versprach, die genannten Punkte in das weitere Verfahren einzubringen.

In einem Schreiben an Bundesgesundheitsministerin Nina Warken habe ich gemeinsam mit zwei Bundestagskollegen noch einmal auf die angespannte wirtschaftliche Situation der Apotheken hingewiesen und dabei insbesondere die Dringlichkeit einer Anpassung der seit Jahren kaum veränderten Festhonorare betont. Ebenso wie Frau Borchardt, werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die im Austausch formulierten Forderungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren angemessen berücksichtigt und die Reformschritte zügig umgesetzt werden.

Windkraft im Dialog: Austausch mit Bürgerinitiativen im Landkreis Harburg

Ein Thema, das derzeit viele betroffene Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis intensiv beschäftigt, ist die Windkraft. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ohne Frage notwendig. Ebenso entscheidend ist jedoch, wie dieser Ausbau konkret ausgestaltet wird. Einige Gebiete in unserem Wahlkreis – teilweise mit wertvollen Waldflächen – sind von den derzeitigen Planungen in besonderem Maße betroffen.

Um mir ein aktuelles Bild der Situation zu machen, habe ich mich Anfang Februar erneut mit Vertretern der Bürgerinitiativen getroffen. Dabei wurde wieder deutlich, dass aus ihrer Sicht das derzeitige Flächenziel noch einmal überprüft werden sollte. Moderne Anlagen sind heute deutlich leistungsfähiger als frühere Generationen. Durch sogenanntes Repowering, den Ersatz älterer Windenergieanlagen durch neue Turbinen am selben Standort, kann inzwischen mehr Energie auf gleicher Fläche erzeugt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, künftig stärker auf Effizienz, tatsächliche Energieerträge und regionale Besonderheiten zu achten, anstatt ausschließlich pauschale Flächenvorgaben zugrunde zu legen. Gleichzeitig bleibt die Frage der Speicherung eine zentrale Herausforderung.

Dass es auch in anderen Bundesländern kritische Stimmen gibt, zeigt eine Bundesratsinitiative aus Thüringen mit dem Titel „Technologieoffene Energieerzeugungsmengenziele statt Flächenziele für Windenergie“. Seit rund sechs Monaten wird dieser Antrag im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates beraten. Dieses macht deutlich, dass auf Bundesebene ein Zusammenschluss mit Bundestagskolleginnen und -kollegen aus anderen betroffenen Regionen erforderlich ist, um gemeinsam Gehör zu finden. Hinsichtlich möglicher Anfragen oder Aktivitäten auf Landesebene bin ich zudem in engem Austausch mit unseren Landtagsabgeordneten André Bock und Jan Bauer.

Wir bleiben „am Wind“ und werden berichten.

Ausblick: Erst Stuttgart...

Kommenden Donnerstag reise ich zum Parteitag der CDU nach Stuttgart. Der 38. Parteitag steht unter dem Motto „Verantwortung verpflichtet“. Neben der Wahl des Bundesvorstands werden wir dort wichtige inhaltliche Weichen für die Zukunft unserer Partei stellen.

Einige Vorstöße haben im Vorfeld bereits für intensive Diskussionen gesorgt, so etwa die Forderung nach einer Einschränkung von Teilzeitarbeit. Mit der Antragsüberschrift „Lifestyle-Teilzeit“ wurde das legitime Anliegen der Mittelstandsunion einer [Reform des Teilzeitanspruchs](#) leider stark verkürzt dargestellt und entsprechend kontrovers diskutiert. Auch der Vorschlag des Wirtschaftsrats – ausdrücklich kein offizielles Gremium der CDU –, Zahnbehandlungen künftig vollständig von den Patientinnen und Patienten bezahlen zu lassen, hat zu Recht deutliche Kritik hervorgerufen.

Darüber hinaus stehen mehrere Anträge zum Staatsangehörigkeitsrecht auf der Tagesordnung. Auf diese Beratungen freue ich mich als Berichterstatterin meiner Fraktion ganz besonders. Ich bin gespannt auf intensive Debatten und richtungsweisende Entscheidungen für die künftige Ausrichtung unserer Partei!



38. Parteitag der CDU Deutschlands

VERANTWORTUNG
VERPFLICHTET 

... Dann Berlin!

In der darauffolgenden Woche beginnt nach dreiwöchiger Pause wieder die Sitzungswoche in Berlin. Ich freue mich, dass wir dann ein wichtiges Gesetz in den Deutschen Bundestag einbringen, mit dem wir ein perfides

Geschäftsmodell auf Kosten des Staates und zulasten von Kindern beenden wollen.

In den vergangenen Jahren haben Männer wiederholt gegen hohe Geldzahlungen die Vaterschaft für Kinder anerkannt, die nicht ihre leiblichen Kinder waren – mit erheblichen ausländerrechtlichen Folgen für die Mütter und Kinder sowie beträchtlichen finanziellen Belastungen für den Staat. Bisherige gesetzgeberische Maßnahmen haben nicht ausgereicht, um diesen Missbrauch wirksam zu unterbinden; viele Fälle blieben nur schwer aufzudecken.

Künftig soll daher gelten: Besteht zwischen den Beteiligten ein deutliches aufenthaltsrechtliches Gefälle, bedarf die Vaterschaftsanerkennung der Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde.

Am Mittwoch, den 25. Februar 2026, gegen 18:40 Uhr, beraten wir den Gesetzentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen in erster Lesung. Schauen Sie gerne auf www.bundestag.de vorbei!

Das war noch nicht alles...

Um noch mehr über meine Person und besonders meine Positionen für unseren Landkreis zu erfahren, besuchen Sie einfach meine Website! Bis zur nächsten Ausgabe *Cornell aktuell!*



Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Dr. Cornell Babendererde, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland

cornell.babendererde@bundestag.de
<https://www.cornell-babendererde.de>